

Mein Politikjahr : ein Winter- und ein Sommermärchen

Autor(en): **Bänziger, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Badener Neujaarsblätter**

Band (Jahr): **86 (2011)**

PDF erstellt am: **16.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-325056>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mein Politikjahr

Ein Winter- und ein Sommermärchen

Es war einmal eine Aargauer Kleinstadt, die von sich glaubte, aufgeschlossen, tolerant und weltoffen zu sein. Für die Behauptung gab es viele Belege. Hatte sich im Verlauf der Jahrzehnte nicht gezeigt, dass Baden das Kleinkarierte und ungeistig Bodenständige des ländlichen Aargaus fremd war? Der Siegeszug einer SVP, die vorab mit grobschlächtigen Parolen auf sich aufmerksam machte, ihre Gegner systematisch verhöhnte und einen Schweizergeist propagierte, der allenfalls seines Retrocharakters wegen als originell empfunden werden konnte, hatte bisher vor den Stadttoren Halt gemacht. Baden war anders, Baden ist anders – so schien es.

Als im November 2009 über die Minarett-Initiative abgestimmt wurde, durften sich liberal gesinnte Badenerinnen und Badener noch freuen. 63,99 % der Abstimmenden befürworteten die Initiative im Kanton Aargau, 39,01 % verwarfen sie, in Baden waren die Gegner erfolgreich: 2486 Ja-Stimmen standen 3475 Nein-Stimmen gegenüber, in Prozenten: 41,7 % legten ein Ja in die Urne, 58,3 % ein Nein. Nur ganz wenige Gemeinden verwarfen damals die Initiative: Neben Baden waren es Ennetbaden, Mellikon und Kaiserstuhl im Bezirk Zurzach und die Zentrumsgemeinde Aarau.

Es darf diskriminiert werden ...

Die Minarett-Initiative ist von vielen Zeitgenossen als Tabubruch wahrgenommen worden. Die Zeiten religiöser Sondergesetze schienen der Vergangenheit anzugehören, der «Kulturkampf», der im Jesuiten- und Klosterartikel Niederschlag gefunden hatte, war allenfalls in fundierten Geschichtswerken ein Thema, selbst das Schächtverbot von 1893 war 1978 ins Tierschutzgesetz überführt und damit von seinem antisemitischen Hintergrund befreit worden. Tempi passati: In Artikel 72, Absatz 3, der Bundesverfassung (BV) lesen wir heute, dass der Bau von Minaretten

verboten sei. Installiert wurde damit ein Sonderartikel, der zur Grundhaltung der Verfassung wie eine Faust aufs Auge passt. Dass der neue Artikel in der BV Widersprüche schafft, liegt auf der Hand. BV-Artikel 8, der die Rechtsgleichheit verlangt, lässt keine Zweifel offen: «Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.»

Lässt sich ernsthaft bestreiten, dass der Minarett-Paragraf ein Verstoss gegen die Menschenrechte darstellt? Menschenrechtskonform wäre eine Vorlage gewesen, die alle Konfessionen umfasst und ein generelles Verbot von Kirchtürmen verlangt hätte. Die Argumentation der Rechtspopulisten foudriert sich um derlei Zusammenhänge: «Was das Schweizer Volk entscheidet, ist richtig und bedarf keiner Rechtfertigung», so das Credo. Die Deutungshoheit hat die SVP schon lange errungen: Die «Linken und Netten» werden nur noch selten ins Visier genommen, ihre Verdammung war nachhaltig, anvisiert werden nun die «classe politique», von der sich die SVP-Elite merkwürdigerweise ausnimmt, und die Intellektuellen. Dass diese rhetorische Strategie erfolgreich ist, sagt viel über unser Land und seine Bevölkerung aus. An Baden ging der Kelch vorbei. Erfolgreich entgingen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Verlockung, den liberalen Staat mit unliberalen Mitteln zu verteidigen, ja ihn zu verraten. Noch einmal war es, zumindest in unserer Stadt, gut ausgegangen – so weit das Wintermärchen.

Wie erzählt man diese Geschichte?

Ein liebenswertes Märchen hätte auch der Zusammenschluss zwischen Baden und Neuenhof werden können. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, wie man den Enkeln und Urenkeln dereinst die wundersame Begebenheit erzählt hätte, wie ein Starker und ein Schwacher sich verbündeten, um erfolgreich das Leben zu meistern und gemeinsam die Zukunft zu sichern. Eine erbauliche Schilderung wäre es geworden, eine moralische Geschichte gar, die belegt hätte, dass der Kleinkrämerei Grenzen gesetzt sind. Seit dem 13. Juni 2010 wissen wir, dass diese Geschichte anders erzählt werden muss. Aber wie? Was hat eine knappe Mehrheit bewogen, gegen den Zusammenschluss zu votieren? 50,5 % (2443 Stimmen) sprachen sich gegen die Vereinigung aus, 49,5 % (2396 Stimmen) dafür. Das Resultat in Neuenhof war eindeutig: 93,1 % (1416 Ja-Stimmen) gegen 6,9 % (105 Nein-Stimmen). Der Katzenjammer nach geschlagener Schlacht war gross. Da die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für ihr Wahlverhalten keine Begründung anzugeben brauchten,



Baden und Neuenhof: weiterhin getrennte Wege. Foto: Werner Bänziger.

sind wir auf Mutmassungen angewiesen: Was also ist geschehen? Sind es allein die zwei immer wieder erwähnten Argumente «Ausländeranteil» und «Steuerfuss», welche den Ausschlag gaben?

Der Reihe nach: Am Anfang der Debatte stand die Feststellung des Neuenhofer Gemeinderates, dass der Alleingang auf Dauer nicht zu bewerkstelligen sei. Im Unterschied zu Wettingen schlugen die politischen Gremien Badens einen wohlwollenden Kurs ein: Fundierte Abklärungen sollten zeigen, wo Chancen und Risiken lagen. Der am 21. Oktober 2009 publizierte Schlussbericht gelangte zu einem eindeutigen Befund: Aufgrund «vorsichtiger, nicht zu optimistischer» Annahmen schien sich eine klassische «Win-Win-Situation» abzuzeichnen, sowohl Neuenhof als auch Baden hätten langfristig von einem Zusammenschluss profitieren können. Hier die Faktenlage darzustellen, macht wenig Sinn, sind die Dossiers auf dem Internet doch nach wie vor greifbar. Festzuhalten bleibt, dass die Abklärungen mit grossem Engagement und ebensolcher Professionalität durchgeführt wurden: Wer sich informieren wollte, hatte reichlich zu tun. Dennoch wollte keine öffentliche Diskussion in Gang kommen. Als am zweitletzten Novemberwochenende 2009 in der Wettinger Klosterscheune über die verschiedenen Aspekte des Zusammenschlusses informiert wurde, fanden sich gerade mal 200 Personen ein. Hätte man die Funktionsträger von der Besucherzahl abgezogen, wäre wohl nicht einmal die Hälfte der Zahl geblieben...

Warum äusserten sich die Gegner nicht?

Manifestiert sich so staatsbürgerliches Interesse? Die «Grünliberalen» waren die Ersten, die Ende Januar 2010 auf die «trügerische Stille» hinwiesen. Derweil in den Parteien die Meinungsbildung schnell vorangetrieben und in der AZ, dieses Werturteil sei gestattet, vorbildliche Information geleistet wurde, blieb die Resonanz in der Öffentlichkeit bescheiden. Wer im Rückblick die Leserbriefe durchsieht, stellt fest, dass kritische Voten kaum verfasst respektive publiziert wurden. Der Rest der Geschichte ist bekannt: Mit 45 zu 4 Stimmen sprach sich der Einwohnerrat Badens für den Zusammenschluss aus – die Meinungen waren gemacht.

Opposition kam einzig aus dem Lager der SVP. Die Argumente der Rechtspartei schien man nicht ernst nehmen zu müssen, weil es substanziell keine waren. Im Kern zog die SVP die vorliegenden Studien in Zweifel, zudem warnte sie – den Schwarzen Peter der SP zuschiebend – vor künftigen Sozialkosten. Zum obskuren Abstimmungskampf passten Flugblatt und Homepage der SVP-nahen Gruppierung «probaden». Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wurde eine Mixtur aus Prognosen, Werturteilen und Zahlen vorgelegt, die jeder Beschreibung spot-

tete. Nochmals: Was ist im Mai/Juni 2010 geschehen? Wie ist die Diskrepanz zwischen der Haltung der Parteien und der Bevölkerung zu erklären? Haben sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger tatsächlich sachkundig gemacht? War die Ablehnung rational begründet? Last but not least: Ist das Resultat Ausdruck der «finalen Säkularisierung», der kompletten Auflösung der politischen Milieus?

Der «Badener Geist» verdampfte ...

In Baden manifestierte sich im Juni 2010 eine Dumpfheit, die man der Stadt nicht zugetraut hätte. War es Verrat am «Badener Geist»? Nüchtern betrachtet wurden wir darüber belehrt, dass demokratische Entscheidungen eigenen Gesetzen folgen. Die «Bauchgefühle» einer Mehrheit setzten einem Sommermärchen ein Ende. «Spieglein, Spieglein an der Wand»: Wer in Zukunft nach der Rolle und dem Selbstverständnis der Stadt Baden fragt, wird zu neuen, aufrichtigeren Antworten gelangen. Das ist das Positive am Negativen.